

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Frauenwelt und Jugend einschließlich Dringens monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—, erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinstaxen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 283.

Dresden, Sonnabend den 6. Dezember 1913.

24. Jahrg.

Auf zur Krankenkassenwahl!

Männer und Frauen, Mitglieder der Ortskrankenkasse, erfüllt am **Dienstag den 9. Dezember** eure Pflicht, geht alle zur Wahl; wählt **Liste 1** mit dem Kennwort: „**Gewerkschaftskartell!**“

Die Wahl ist von allergrößter Bedeutung, und nicht nur für die Gestaltung der Ortskrankenkasse, sondern auch für die Arbeiterversicherung im allgemeinen. Ob die Arbeiter und Arbeiterinnen in Kranken-, Unfall- und Invalidenfällen zu ihrem Rechte kommen, hängt fast vom Ausgang dieser Wahl ab.

Die jetzt zu wählenden Ausschüsse sind die Grundpfeiler, auf denen sich die Arbeitervertretung in der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung aufbaut.

Die Ausschüsse wählen die Kassenvorstände; die Kassenvorstände wählen die Vertreter beim Versicherungsamt, die Vertreter beim Versicherungsamt wählen die Vertreter beim Oberversicherungsamt, und diese endlich wählen die Vertreter zum Landesversicherungsamt und zum Reichsversicherungsamt.

Bei all diesen Wahlen gilt das Verhältniswahlssystem. Dieses Wahlsystem, das ja das gerechteste ist, hat man durch die Reichsversicherungsordnung bei der Arbeiterversicherung eingeführt, lediglich um den Hörigen der Unternehmer eine Vertretung in den Organen der Versicherungsträger zu verschaffen. Dieses Wahlsystem nun auch bei den Gemeinde-, Landtags- und Reichstagswahlen einzuführen, wäre jetzt ein Akt politischen Fortschritts, den man von unseren Gegnern leider nicht erwarten darf.

Wir müssen also damit rechnen, daß sich die nationalen Verbände der männlichen und weiblichen Arbeiter und Angestellten in Dresden, so nennt sich diese Gesellschaft, mit Erfolg an der Wahl beteiligen und dem Gewerkschaftskartell eine Anzahl Siege im Ausschluß der Ortskrankenkasse abnehmen.

Die auf unserem Boden stehenden Angestellten, Arbeiter und Arbeiterinnen haben es aber in der Hand, den Erfolg der Gelben und Nationalen dadurch auf ein Minimum herabzudrücken, indem sie alle wählen gehen!

Wählen die freigeberlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen und die sich sonst zu uns zählenden Kassenmitglieder alle, dann ist unsere Stimmenzahl so groß, daß die Stimmen der Gelben und Nationalen demgegenüber jede Bedeutung verlieren.

Daraus ergibt sich, daß für uns alles von der lebhaftesten Wahlbeteiligung abhängt. In Erkenntnis dessen haben die Gewerkschaften

die Wahlpflicht

proklamiert. Die Gewerkschafts- und Parteihänger und -anhängerinnen, die nicht wählen, machen sich einer groben Pflichtverletzung schuldig! In den Werkstätten, Fabriken, auf den Bauten usw. muß streng kontrolliert werden, wer gewählt hat und wer es unterließ. Gegen lächerliche Gegner, die in der Verpönderung der Arbeiterkassen ihre Hauptaufgabe finden, muß jeder unserer Anhänger zur Wahl schreiten.

Die Dresdner Ortskrankenkasse, die durch die fleißige und entscheidende Mitarbeit unserer Genossen zur Blüte kam, bedarf auch ferner zu ihrer weiteren Entwicklung der fleißigsten Kräfte aus unseren Reihen! Wir sind uns voll bewußt, daß innerhalb der Krankenkasse jede parteipolitische Tätigkeit ausgeschlossen ist. Das war in Dresden seit je Übung.

Innerhalb der Krankenkassen kann und muß aber eine weitgehende

sozialpolitische Tätigkeit

geübt werden, und dazu stellt die Dresdner organisierte Arbeiterschaft geeignete Kräfte. Die Krankenkassen sind ein Gebiet, auf dem Arbeitervertreter mit sozialdenkenden Arbeitgebervertretern friedlich zum allgemeinen Wohle zusammen wirken können. Diese Tätigkeit darf nicht gestört oder erschwert werden von unzuverlässigen Elementen. Schon deren Dasein ist ein Widerspruch in sich, und was sie tun ist Selbstvernichtung.

Mitglieder der Ortskrankenkasse, Partei- und Gewerkschaftsgenossen! Agitiert für rege Wahlbeteiligung und macht den Wahltag zu einem Siegestag der organisierten Arbeiterschaft Dresdens!

Wahlrecht ist Wahlpflicht!

Wählt alle die Liste 1!
Kennwort: **Gewerkschaftskartell.**

Donaueschingen.

Die Garnison verläßt Zabern. — Bethmann soll bleiben.

Das offiziöse Telegraphenbureau verbreitete am Freitag nachmittag diese Meldung aus Donaueschingen:

„Der Kaiser hat für heute vormittag den Reichskanzler, den Statthalter und den kommandierenden General v. Deimling nach Donaueschingen befohlen, um weitere Vorträge über die bekanteten Vorgänge in Zabern entgegenzunehmen. Seine Majestät haben darauf zu bestimmen geruht, daß die Garnison von Zabern die auf weiteres nach dem Truppenübungsplatz verlegt wird. Die schwebenden freischützlichen Verbände werden mit Befreiung zu Ende geführt.“

Das also soll — so scheint es — alles sein, was die leitenden Stellen als Antwort auf die Entrüstungsbedingungen des Reichstages und auf das Mißtrauensvotum zu befehlen gedenken. Die in der offiziellen Meldung angekündigten Maßnahmen bedeuten allerdings einen Rückzug des Reichskanzlers und eine Bitte um gut Weiter. Aber nach allem, was in den letzten Tagen geschehen ist, kann das deutsche Volk durch so geringen Sühneveruch unmöglich sich von der Forderung nach gründlichen Säuberungsmaßnahmen abhalten lassen. Wenn die Reichstagsmehrheit, die dem Reichskanzler das Mißtrauen ausspricht, so leicht als befriedigt erklären wollte, so würde sie die Bedeutung der letzten großen Tage selbst wieder herabsetzen und fast zunichte machen.

Gewiß, die Zaberner Lage des Reichstages sind nicht ohne Wirkung geblieben. Was seit mehreren Wochen von allen Seiten verlangt wurde, was aber die militäristischen Stellen übermäßig ablehnten und wozu die zivilen Behörden zu schwach waren, das mußte man jetzt dem Kaiser als unerschütterliches Gebot anempfehlen, um aus der schwer verfahrenen Situation noch einigermaßen glimpflich herauszukommen. Wie düffelhaft trat der Militarismus noch im Reichstag auf, wie dienstwillig unterstellte sich seinem anmaßenden Gebaren der Reichskanzler selbst. Aber schließlich sah man mit Schrecken, daß man sich allzuweit vorgewagt hatte, daß selbst die militär- und regierungstrogenen Parteien dieses Treiben nicht weiter gewähren lassen konnten. So ward zum Rückzug geblasen.

Die Verlegung der Garnison von Zabern ist eine Maßnahme außergewöhnlicher Art. Sie enthält das Zugeständnis, daß die Führung des Regiments eine tabulswerte war. Wenn sich die von privater Seite kommende weitere Meldung aus Zabern, daß der nach Zabern beorderte Generalmajor Kühne das dem Obersten v. Reutter abgenommene Garnisonkommando übernommen

hatte, sich bestätigt und wenn diese Meldung bedeutet, daß v. Reutter überhaupt von seinem Posten abgerufen ist, so würde einer solchen Maßnahme stärkere Bedeutung beigemessen werden können. Andererseits bedeutet die Verlegung der Garnison nach dem Truppenübungsplatz Hagenuau eine Schädigung der bürgerlichen Bevölkerung von Zabern und für die große Zahl der Soldaten des Regiments eine Strafe, die sie nicht verdient haben, die sie lediglich für die Verfehlungen ihrer unzulänglichen Vorgesetzten ertragen müssen.

Auch die Meldung, daß nunmehr die kriegsgerichtliche Untersuchung mit Beschleunigung durchgeführt werden soll, hat einen anderen Klang als die Rufe, die Reichsminister und Reichskanzler im Reichstag aufspielten verstanden.

Es kann damit gerechnet werden, daß die beiden Hauptbeschuldigen von Zabern, der Jüngling v. Forstner und der Oberst v. Reutter, alsbald vom Schauplatz ihrer glorreichen Taten verschwinden müssen. Ob sie auch eine Bestrafung erhalten werden, die ihnen gebührt, bleibt aber noch sehr abzuwarten. Immerhin, das Votum des Reichstages hat die hoffärtigen Militaristen zur Nachsichtigkeit gezwungen. Das ist schon etwas, aber — es ist nicht viel, es ist viel zu wenig!

Es ist offenkundig, daß der Reichskanzler das kleine Opfer darbringt, um seine eigene Opferung zu vermeiden. Auf keinen Fall soll dem Mißtrauensvotum des Reichstages eine staatsrechtliche Bedeutung zugestanden werden. Der Kanzler, der von einer Kienmehrheit des Parlamentes die schärfste Abjage erzieht, will und soll Kanzler bleiben. Ob er vor dem Inlande und vor dem Auslande jede Autorität verloren hat, er soll nicht dem Parlamentswillen, dem Volkswillen „geopfert“ werden. Und ebensowenig der famose Kriegsminister v. Falkenhahn.

Ja noch mehr, es werden allerlei Mittelchen versucht, um den Schein zu erwecken, als seien die jetzigen Anordnungen bezüglich Zaberns überhaupt nicht durch die Debatten und den Beschluß des Reichstages herbeigeführt. Dienstbesessene Leute verbreiten bei den Reichstagsfraktionen die Besart, der Kaiser habe schon längst zuvor entsprechende Ordern erlassen, der Kanzler habe nur in der Hitze des Gefechts und infolge einer Jambisposition vergessen, die an Deimling und an Bethmann selbst gerichteten kaiserlichen Verfügungen im Reichstag zu verlesen. Das alles wird unternommen, um den Eindruck zu bannen, als sei es erst der Reichstag gewesen, der den Militarismus zum Einlenken zwang.

Wir haben schon von Anfang an die Meinung geäußert, daß den militäristischen Mittelparteien des Reichstages, dem Zentrum und den Nationalliberalen, bei dem scharfen Vorgehen gegen Reichskanzler und Kriegsminister gar nicht wohl zu Mute gewesen ist. Sie ließen sich in einer erregten Stunde weiter fortreiben, als es ihrem wirklichen Wesen entspricht. So werden sie sich auch jetzt wahrscheinlich leicht besänftigen lassen und ihren Frieden mit der Regierung machen. Alle freigeistlichen Kreise des deutschen Volkes aber werden ernstere Lehren aus den jetzigen Auseinandersetzungen ziehen. Sie werden sich nimmermehr mit kleinen und scheinbaren Konzessionen abfeilen lassen, sondern mehr denn je und wichtiger denn je den Kampf gegen das ganze militäristische Kastensystem und gegen den volksfeindlichen Verfassungsabsolutismus zu führen wissen!

Die Arbeitslosenfrage im Reichstage.

Das politische Elend Deutschlands hatte am Mittwoch und Donnerstag fast den ganzen Reichstag in die höchste Erregung verlegt und in eine Kampfstellung gegen die Regierung getrieben. Das wirtschaftliche Elend, in dem Hunderttausende von Arbeitern mit ihren Familien schwanden, ließ ihn dagegen am Freitag sehr kühl. Als gestern die Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion über die Arbeitslosigkeit beraten wurde, waren von den bürgerlichen Abgeordneten nur wenige zur Stelle. Während der sozialdemokratische Redner, Genosse Silberschmidt, die Interpellation vortrefflich und mit großer Sachkenntnis begründete und die Schrecken der Arbeitslosigkeit und das Elend im Lande schilderte, waren die Bänke der Konserverbuben völlig leer, nicht ein einziger konserverbuber „Volksverräter“ hat es für nötig befunden, im Saale zu sein! Auch von den Nationalliberalen und den Fortschrittlichen bekehrten nur etwa je ein halbes Duzend Abgeordnete ihr Interesse für diese Frage durch ihre Anwesenheit.

Betan wird ja auch für die Arbeitslosen von der Reichsregierung nichts werden gar nichts! Diese Freistellung war das einzige praktische Ergebnis der gestrigen Verhandlungen. Die Frage sei ungelöst, meinte der Staatssekretär Dr. Deibitz — als ob man eine Frage lösen könne, ohne auch nur einen Versuch hierzu zu machen. Unser Redner hat treffend gezeigt, daß die Gewerkschaften alle Schwierigkeiten überwinden und den Beweis erbracht haben, daß die Arbeitslosenversicherung sehr wohl einer Lösung entgegengeführt werden kann. Das brachte den Herrn Deibitz zwar zu dem Beschlusse, daß die Unterstüßungsbeihilfen der Gewerkschaften eine anerkannterlei Leistung sind und das beste sei, was auf diesem Gebiete geleistet werde. Aber gerade an diesen Ge-